

RELIGION UND POLITIK

Islamismus als Waffe

Machthaber und Radikale instrumentalisieren den Islam, um ihre geopolitischen Interessen durchzusetzen – nicht nur Muslime, sondern auch von den Bolschewiki bis zur NATO. Leidtragende sind vor allem Minderheitenangehörige. Durch den politischen Islam fällt aber auch die Religion an sich global in Ungnade.

■ VON KAMAL SIDO

Ein Anfang April 2023 veröffentlichtes Video zeigt einen syrischen Geistlichen, der zwei Männer auffordert, einzeln das islamische Glaubensbekenntnis nachzusprechen. Der Geistliche ist Mitglied einer pro-türkischen Gruppe, die im Auftrag des NATO-Mitglieds Türkei die nordsyrische Kurdenregion Afrin mitkontrolliert. Die beiden Männer sind Yeziden aus dem

liche Religionsgemeinschaften akzeptieren Islamisten als „Buchreligionen“. Diese dürfen ihren Glauben unauffällig leben, müssen aber Schutzgelder an Muslime zahlen. Die yezidische Religionsgemeinschaft hingegen ist vollkommen schutzlos.

Dieses Beispiel zeigt, wie die heutige Türkei den Islam im syrischen Grenzgebiet zur Türkei instrumentalisiert und

ne neue Entwicklung. Auch in früheren Zeiten, im Osmanischen Reich, galt der Islamismus bereits als politisches Mittel.

Was ist Islamismus?

Seit den 1970ern wird der Begriff „Islamismus“ in den Sozialwissenschaften vermehrt verwendet. Es ist ein Sammelbegriff, der die verschiedensten Richtungen und Bewegungen des fundamentalistischen, politischen Islams zusammenfasst. Alle Ausprägungen des politischen Islams, sowohl im Sunnitentum als auch im Schiitentum, verbindet das Streben, im Namen Allahs eine rein religiös legitimierte Gesellschafts- und Staatsordnung weltweit zu errichten: „Allah gehört die Herrschaft der Himmel und der Erde“ (Koran 57/2).

Der politische Islam richtet sich in der Regel gegen die Grundsätze der Trennung von Staat und Religion, gegen die Prinzipien von Individualität, Pluralismus und Volkssouveränität, gegen Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter. Gruppierungen des Islamismus lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen: jene, die ihre Ziele mit friedlichen Mitteln durchsetzen wollen; und jene radikale Strömungen, die Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele propagieren und praktizieren. Gleich ist allen Strömungen, dass sie die Bestimmungen der Scharia, des islamischen Rechts, auf Erden durchsetzen wollen.

Der politische Islam wird von verschiedenen Akteuren, von Muslimen und Nicht-Muslimen, seit Jahren instrumentalisiert, um rein politische, aber auch andere Ziele zu erreichen. Vor mehr als 100 Jahren zum Beispiel,



■ **Missbrauchen den Islam – auf unterschiedliche Weise – für ihre Zwecke: der ehemalige iranische Präsident Hassan Rohani, der russische Präsident Wladimir Putin und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan**

Dorf Qibar, fünf Kilometer nordöstlich der Stadt Afrin im Gouvernement Aleppo. Sie waren in den vergangenen Jahren immer wieder erpresst und mit dem Tod bedroht worden. Nun standen sie vor der „Wahl“: „Islam oder Tod“.

Für Islamisten ist das Yezidentum keine „Buchreligion“. Nach ihrer radikalen Auslegung des Korans zwingen sie Yezid*innen daher zur Konversion oder töten sie. Nur jüdische und christ-

dafür sunnitische Muslime, insbesondere syrische Araber, aber auch andere Ethnien für ihre geopolitischen Interessen mobilisiert. Der Islamismus, insbesondere der sunnitische, wird von der Türkei mit Wissen und Duldung der NATO als Waffe gegen die Kurden in Syrien, gegen die Armenier im Südkaukasus oder gegen die Kopten in Ägypten eingesetzt, islamistische Söldner werden in den Kampf geschickt. Das ist kei-



■ **Die Folgen des politischen Islams: Kurden aus Afrin mussten vor Erdogans Islamisten fliehen und leben nun in Flüchtlingslagern.**

vor und während des Ersten Weltkriegs (1914 bis 1918), projizierten sich schon einmal Machtfantasien kontinentalen Ausmaßes auf das Kalifat und den Heiligen Krieg, wie der Historiker Volker Weiß im Jahr 2014 in der Wochenzeitung DIE ZEIT schrieb. Damals seien es nicht fanatisierte Muslime wie die vom sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) gewesen, die sich ein Kalifat erträumten, sondern deutsche Intellektuelle und Politiker. Sie planten, den Islam für ihre Zwecke einzuspannen.

Ein „Islamischer Staat“ existierte dafür zu dieser Zeit bereits in Gestalt des Osmanischen Reichs: denn dieses erhob den Anspruch, Schutzmacht des Islams, vor allem der Sunniten, zu sein. Der letzte deutsche Kaiser und König von Preußen, Wilhelm II., sah in dem sunnitisch-muslimisch geführten Imperium schon Jahre vor dem Ersten Weltkrieg den „letzten Trumpf des Deutschen Reiches“ für den kommenden Krieg: Ein Dschihad, ein heiliger Krieg, von den Muslimen im Nahen und Mittleren Osten an der Seite des Osmanischen Reichs gegen Russland und die westlichen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich sollte die Kriegsgegner Deutschlands unter Druck setzen und schwächen. Dafür versuchten die Deutschen im Herbst 1914 mit einer Reihe teils abenteuerlicher Unternehmungen, Muslime aufzuwiegeln.

Auch der Anführer der russisch-kommunistischen Bolschewiken, Vladimir Lenin, nutzte während der Ok-

toberrevolution 1917 und im Verlauf des Russischen Bürgerkriegs (1918 bis 1922) die Gefühle der Muslime im zaristischen Russland und außerhalb. Sie hatten jahrzehntelang schwer gelitten und forderten nun Religionsfreiheit und Nationalrechte ein. Lenin hetzte sie vor allem im Kaukasus und in Zentralasien gegen den Zaren, aber auch gegen die russischen Nationalisten sowie gegen die Engländer und Franzosen auf. Denn England und Frankreich teilten im Nahen Osten das Erbe des Osmanischen Reichs im geheimen Sykes-Picot-Abkommen von 1916 untereinander auf. Diesbezüglich verfasste Lenin einen Appell an die Muslime Russlands und des Ostens (auf Russisch online nachlesbar).

Zweckbündnisse

Im Kalten Krieg wurde der politische Islam dann verstärkt gegen alle linksdemokratischen Bewegungen benutzt. Zwar begingen Kommunisten wie Stalin und Mao im Namen des „Sozialismus“ tatsächlich Massenmorde. Doch auch bestimmte Kreise im Westen – insbesondere in der Nordatlantischen Allianz NATO – schürten weltweit undifferenziert die Angst vor dem „Monster“ Kommunismus. Sie gaben sich dadurch als Freunde der „gläubigen“ Muslime gegen die „verhassten“ atheistischen Kommunisten und Linksdemokraten. Die Linke überall und insgesamt wurde als kommunistisch und

prosovjetsch eingestuft. Daraus entstanden ein Zweckbündnis und eine lange „Kooperation“ zwischen NATO-Regierungen und den islamistischen Muslimbrüdern.

Die islamistischen Mudschaheddin in Afghanistan agierten gegen die sowjetische Besatzung von 1979 bis 1989 vor allem unter der Fahne des Dschihad gegen die „gottlosen Kommunisten“. Die CIA (und möglicherweise auch weitere westliche Dienste) unterstützten damals eine Initiative des pakistanischen Geheimdiensts: Dieser rekrutierte radikale Muslime aus der ganzen Welt und ließ sie über Pakistan nach Afghanistan einreisen, um auf Seiten der afghanischen Mudschaheddin gegen die Truppen aus der Sowjetunion zu kämpfen. Der Journalist Ahmed Rashid beschreibt in seinem Buch „Taliban, Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad“ die dramatischen Folgen dieses Vorgehens.

Trotzdem agierten oder agieren noch immer westliche Dienste höchstwahrscheinlich auch in Syrien seit dem Jahr 2011 nach diesem „Pakistan-Afghanistan-CIA-Muster“ – auf „Initiative“ des türkischen Machthabers Recep Tayyip Erdoğan. Genau wie damals in Afghanistan mussten in Syrien die Saudis zahlen und westliche Regierungen Waffen beschaffen. Einzige Änderung: Statt Pakistan organisierte jetzt die Türkei den Transport von Waffen und Kämpfern aus der ganzen Welt über das türkische Staatsterritorium nach Syrien, um gegen

den Diktator Baschar al-Assad zu kämpfen. Diese Militarisierung und Islamisierung der Proteste gegen die Diktatur in der syrischen Hauptstadt Damaskus führten zu einer Katastrophe in Syrien: Assad wurde noch brutaler und es kam zuzunehmend mehr Opfern.

Heute sind wir viel „schlauer“ geworden und die Fronten in Syrien haben sich verändert. Erdoğan, der lange Zeit als „Schützling des Westens“ im Nahen Osten galt, agiert in Syrien seit Jahren eng abgestimmt mit Putin und dem Iran. Die Opfer dieser Dreier-Kooperation von Putin, Erdoğan und bis 2021 Hassan Rohani sind die syrischen Zivilisten und die Minderheitenangehörigen, allen voran syrische Kurden.

Der Islam als Waffe gegen Autonomiebestrebungen

Nach Ende des „Kalten Kriegs“ wurde der Islam auch anderenorts von verschiedensten Mächten und regionalen Akteuren benutzt, um den jeweiligen politischen Gegner zu bekämpfen und eigene geopolitische Interessen durchzusetzen. Der russische Machthaber Wladimir Putin und sein Statthalter Ramzan Kadyrow führten faktisch das islamische Scharia-Recht in der Tschetschenischen Republik ein, um die rebellierende mehrheitlich konservativ-muslimische Bevölkerung dort in Schach zu halten (mehr dazu siehe auch S. 20/21).

Die schiitischen Machthaber im Iran oder die vom Iran unterstützten schiitischen Gruppen im Libanon oder im Jemen benutzen den Islam wiederum als Instrument gegen Nicht-Muslime, insbesondere gegen Israel und Juden. In der Instrumentalisierung des Islams als Waffe gegen die Autonomie-

bestrebungen der Kurden und anderer Volksgruppen ist aber der türkische Präsident Erdoğan „am erfolgreichsten“.

In Syrien haben die Kurden, auch wenn sie mehrheitlich sunnitische Muslime sind, die Pläne der von der Türkei unterstützten islamistischen Opposition nicht unterstützt. Für diese Kurden standen nicht die religiöse Zugehörigkeit zum Islam, sondern ihre nationalen und demokratischen Rechte als Kurden im Vordergrund. Erdoğan stellt sie daher als „weltlich“ und „nicht religiös“ dar. So gelang es ihm, wie bereits aufgeführt, die arabischen Sunniten gegen Kurden aufzuhetzen. Zahlreiche bewaffnete Gruppen, die eigentlich gegen die syrische Diktatur von Assad kämpfen sollten, kämpfen nun in Afrin (aber auch in Aleppo und anderenorts) gegen Kurden, Assyrer/Aramäer/Chaldäer, Armenier, Drusen, Ismailiten, Christen und Yeziden.

Radikalisierung der Bevölkerung in mehrheitlich muslimischen Staaten

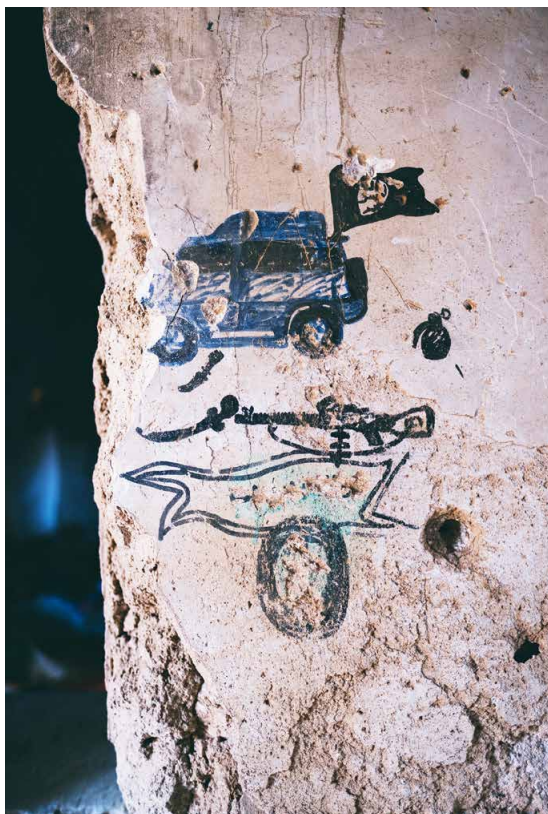
Der Islam wird vom Iran, Saudi-Arabien aber vor allem von Erdoğan in der

Türkei sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik verstärkt benutzt. Die Hasstiraden des türkischen Präsidenten Erdoğan oder des iranischen Machthabers Ayatollah Ali Chamenei gegen Israel sind bekannt. Der Iran kontrolliert weltweit schiitisch-fundamentalistische Gruppen in den Gebieten, in denen Schiiten als Minderheiten unter Sunniten leben. Erdoğan hingegen ist das Oberhaupt des mächtigen internationalen sunnitischen Islamismus. Über die „Internationale Union Muslimischer Gelehrter“ mit ihrem Zentrum in Katar übt Erdoğan seinen Einfluss auf nahezu alle extremistischen sunnitischen Gruppen weltweit aus.

Auch wenn sich der politische Islam vor allem gegen Nicht-Muslime richtet, sind Muslime die ersten Opfer dieser totalitären Ideologie. In vielen mehrheitlich islamischen Ländern leiden unter anderem muslimische Frauen – die Hälfte der Gesellschaft – unter dem Druck des Islamismus. Außerdem schadet der politische Islam vehement mehrheitlich muslimischen Volksgruppen wie den Rohingya in Myanmar oder den Uiguren und Kasachen in China; den Tschetschenen und Krimtataren in Russland oder den Arabern in Israel und in Palästina. Weil sich politische Bewegungen dieser Volksgruppen oft auf den Islam beziehen, werden sie insgesamt von den Machhabern der Staaten, in denen diese Minderheiten und Nationalitäten zuhause sind, pauschal als Terroristen bezeichnet. Der politische Islam lässt den Islam global in Ungnade fallen.

Wie bereits aufgeführt, werden vielerorts in der „Islamischen Welt“ Christen, Yeziden, Aleviten, Drusen, Mandäer, Bahá'í, Juden, Hazara, Ahmadiyyah, Sufis sowie viele ethnische Minderheiten wie Kurden, Assyrer/Aramäer/Chaldäer und Armenier von radikalen Islamisten verfolgt. Alle diese Volksgruppen sowie moderate Muslime in Pakistan, dem Iran, Irak, der Türkei über Ägypten bis nach Nigeria

- **Schmierereien auf einer alten Villa in dem Gebiet Sinjar, wo bis 2014 viele Yeziden gelebt haben. Mitglieder des sogenannten „Islamischen Staats“ nutzten die Villa als Stützpunkt. (Bild vom 28. Juni 2019)**





■ **Die Moscheen in der türkischen Stadt Istanbul sind wunderschön. Leider macht Erdoğan aus der Religion ein Instrument für politische Ziele und sichert sich so Einfluss und Macht.**

befürchten eine weitere Islamisierung ihrer Länder. Islamistisches Gedankengut findet über Medien, Moscheen oder Bildungsinstitutionen weitere Verbreitung. Das Gefühl der Unsicherheit unter den Opfern des Islamismus führt dazu, dass viele Menschen ihre Heimat verlassen, um im fernen Europa, Amerika oder Australien Asyl und Schutz zu suchen.

Die Radikalisierung der Bevölkerung in den mehrheitlich muslimischen

Staaten führt zu mehr Angriffen auf Angehörige der nicht-muslimischen Minderheiten oder auf Muslime, die das islamische Scharia-Recht ablehnen. Viele Parteien oder politische Führer in der „islamischen Welt“ instrumentalisieren den Islam absichtlich, um in die Gunst der oft muslimisch-konservativen Bevölkerung zu kommen. Dieser Populismus ist vergleichbar mit dem in Westeuropa. Im Gegensatz zu den „islamischen“ Ländern fallen in Euro-

pa vor allem die Muslime den Hasstiraden der rechten populistischen Parteien zum Opfer.

Grundlegende Reform des Islams als Lösungsansatz

Um eine weitere Radikalisierung in den mehrheitlich muslimischen Ländern zu verhindern oder zu begrenzen, sollten die Lebensbedingungen der Menschen strukturell und nachhaltig verbessert werden. Bestehende Konflikte dürfen nicht durch neue Rüstungsexporte aufgeheizt werden. Dabei könnten mehr zivile Maßnahmen zur Konfliktprevention und weniger Militärinterventionen helfen.

Auch gezielte Entwicklungszusammenarbeit, beispielsweise in Bereichen der Wirtschaft, können die sozialen Konflikte entschärfen. Die Abschottung bestimmter Märkte für Waren aus mehrheitlich muslimischen Ländern sollte abgebaut werden. Dies könnte zur Stabilisierung der „muslimischen“ Länder führen. Am wichtigsten ist aber, die kulturellen, sprachlichen und menschenrechtlichen Aspekte bei der Lösung der bestehenden Konflikte in der „Islamischen Welt“ zu berücksichtigen.

Dies alles sind präventive Maßnahmen. Im Mittelpunkt muss aber eine grundlegende Reform des Islams im Sinne einer kritischen Auseinandersetzung mit der Religion selbst, dem Scharia-Recht und der Trennung von Staat und Religion stehen. Auch Muslime haben Demokratie, Gleichberechtigung der Geschlechter, Glaubensfreiheit sowie Menschen- und Minderheitsrechte verdient. Hierbei dürfen sie in ihrem Kampf gegen den radikalen Islam für religiöse Toleranz und Emanzipation nicht allein gelassen werden. ■

[Der Autor]

Dr. Kamal Sido ist Referent für ethnische, religiöse und sprachliche Minderheiten bei der Gesellschaft für bedrohte Völker. Sein Schwerpunkt liegt auf dem Nahen Osten.

[Info]

Dieser Text wurde in Teilen bereits 2018 auf der Seite des Onlinemagazins Telepolis der Heise Gruppe veröffentlicht. Die vorliegende Version aktualisierte Dr. Kamal Sido im Mai 2023.

www.telepolis.de/features/Der-Islam-als-Waffe-gegen-den-politischen-Gegner-4225971.html